

Neuer Pöllaiger

Erbschaft
Rittw. und Sonnabend
Abonnementspreis
Hertelshäuser 3 Pf. jährlich, monatlich 1/3 Mark, durch
die Post oder andre Boten 1/5 Mark, durch
die Briefträger frei ins Haus 1/30 Mk.

für Stadt und Umgegend.

Anzeigenpreis
für die 1spaltige Kopie-Zeile oder beim
Raum 10 Pf. Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr
angenommen.

Amfliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Pölla a. M.

Ar. 41. Pölla, Sonnabend, 22. Mai 1870. 10. Jahrgang.

Die Friedensvermittlung

Der Wille ist ein äußerst unzulänglichem Geschick, den die stetige Grobheit hält in seinen Forderungen kein Maß und die Griechen nehmen den Mund immer noch genallig voll. Nicht einmal zu einem Waffenstillstand war es bis Dienstag gekommen, denn die Griechen wollten immer auf einen Abschluß des Krieges, den jetzt Oberst Wolff herbeizujagen bewogen ist, die Türken aber möchten ihre bisherigen Siege noch vervollständigen, um den kleinen Gegner gänzlich frei zu machen. Am Dienstag aber betraf die Einstellung der Feindseligkeiten.

Schien es bisher, als ob Griechenland wenigstens in Epirus die letzten gemeinsamen Erfolge anzugewinnen hätte, so lauten die neuesten Berichte doch ganz anders. Die Griechen haben nach eigener Angabe zwar geliegt, haben sich aber dann zurückgezogen. Vermeidliches Siegen! Der Vorteil aber ist dieser gleichzeitiger Vorteil, der den Griechen nur abermals Schläge eingetragen hat, der jedwede gemeinsame Anlauf gemeinlich in ihren Friedensbestrebungen feindlich abkürzten. Die Griechen setzen, sondern weit über das hinausgehen, was man bisher als das größte Ausmaß ihrer Ansprüche betrachtete. In der Nacht vom 15. auf den 16. antwortete sie auf den letzten Schritt der Mächte, sie mache die Einstellung der Feindseligkeiten von der Annahme folgender Grundprinzipien für den Waffenstillstand und den Frieden abhängig:

1. Zahlung einer Entschädigung von zehn Millionen Pfund, Wiederherstellung der alten Landesgrenze, Erneuerung der Verträge für die griechischen Inseln in der Türkei auf Grund des internationalen Rechtes, Abschluß eines Kartellvertrages für die Auslieferung gemeinsamer Verbrecher, freier Freilassung der Sölden von Wolos und Xerodra für den Verbleib mit dem Beginn des Waffenstillstandes. Die bewilligten Inseln in Xerodra zuzugewinnen zuzugewinnen. In einigen Punkten ist die Forderung schon zurückgezogen.

nißt besser bezeichnen, als wenn man in London für die Aufbringung einer griechischen Flotte um Zwecke der Kriegsförderung sorgte! Aber dafür werden wohl die geschäftsmändigen Leute an der Themse nicht zu haben sein.

Deutscher Reichstag

Am 18. d. geht am 11. in erster Lesung das vom Abg. Richter (fr. Bsp.) mit Unterstützung der beiden rechtsständigen Gruppen, der lutherischen Parteigruppen der Rechten, Antiklerikalen und Sozialdemokraten eingebrachte No. 128 ein. In demselben wird das Bekanntmachungsgesetz, durch das bestimmt werden soll: Inländische Vereine dürfen mit einander in Verbindung treten.

St.-Sekr. v. Böttcher: Der Antrag ist keine leere Demonstration. Er wendet sich allerdings gegen das preussische Gesetz, das jetzt zur Beratung steht. In diesem Gesetze aber müssen wir einen Verzichtserklärung gegen die Reichsförderung erblicken. Wir müssen der preussischen Regierung jede Berechtigung zu ihrem Vorgehen absprechen. Für alle deutschen Vereinsgesetze kommen aus der Zeit vor der Gründung des Reiches die Reichsgesetze in Betracht, die gegen auf ähnliche Verordnungen in Baden und Bayern vertrieben. Diese Verordnungen kommen indes aus den 50 Jahren. In diesen Staaten ist auch nie so etwas vorgekommen, wie hier. Wir sind berechtigt, als für die Befreiung des Reiches vom Reichsgesetze einen wunder in die große Sache, die nur gegen Kompensation ausgetauscht ist. Ich hoffe aber, die preussische Vorlage wird nicht durchgehen, und das deutsche Volk wird hier in dieser Hinsicht dem Reichstage folgen.

St.-Sekr. v. Böttcher: Der preussische Regierung hat die Vorlage gemacht in der Absicht, die Vereinigung zu verhindern. Die preussische Regierung war zu ihrem Vorgehen auch durchaus berechtigt. Ich sehe nicht, als hätte sie irgend etwas anderes zu tun. Der Antrag hat nicht nur einen demokratischen Charakter, das geht schon daraus hervor, daß der gleiche Antrag schon im vorigen Jahre angenommen ist und dem Bundesrat noch vorliegt. Wenn ich die Stimmung des preussischen Reichstages richtig kenne, so würde das, was die preussische Regierung fordert, diesen Danks noch nicht ausreichen erscheinen.

Abg. v. Richter (Zentz.): Der Antrag ist keineswegs eine Demonstration. Er ist ein einfacher Akt der Weisheit. Das preussische Gesetz ist alles andere, nur seine Einlösung ist uns gegebenem Verprechen. Das preussische Vereinsgesetz ist nicht als ein neues Umklagen, nur mit dem Unterschiede, daß hier die Bestimmungen des früheren Gesetzes im wesentlichen wieder zu urteilen hätte, während es sich hier um ein neues Vorlagegesetz handelt. Was folge gebührt werden können, dafür haben wir noch jetzt ein warmes Beispiel gehabt in „Pölla-Wort“. Die Vorlage des Reichstages ist es, was einmal dem Vernehmen haben. Der Reichstag muß hier nur ein lares Wort sprechen: In diesem Punkte gibt es keinen Ausweg mehr.

Abg. v. Richter (fr. Bsp.): Ich kann den Zweck des Antrages nicht einsehen. Man wird doch nicht etwa meinen, daß jene Annahme irgend welchen Grund auf das Abgeordnetenhaus und das Vernehmlich machen wird. Ein Verbrechen im Sinne des Abg. Richter konnte der Reichstagler gar nicht geben, denn er ist nicht strafbar. Er betont der Zustimmung des preuss. Ministerrats und jeder Partei des Reichstages. Die Vorlage wird einer bloßen Unterbrechung des Reichstages nicht als einwillig sein. Auf die Zustimmung des Reichstages wird es nicht ankommen, es ist nicht richtig, daß die letztere unter dem Ausnahmefalle bewandert ist. Nach Aufhebung des Sozialengesetzes ist die sozialdemokratische Stimmung nicht mehr zu befürchten. Wir sind wohl zufrieden mit allen Bestimmungen des Gesetzes einverstanden, aber in diesem Sinne unterliegen wir der preuss. Regierung.

Staatssekretär v. Böttcher: Abg. Singer nicht in der preussischen Vorlage den Anfang eines Staatsvertrages. Ich kann dem Vortrage aber sagen, feines der Mitglieder der Regierung würde die Hand zu einem Staatsvertrage bieten. Ich bitte daher, die Belästigung, die in dieser Behauptung für alle liegt, die den (es) auf die Verfassung geltend haben, nicht zu wiederholen.

Abg. v. Leber (kons.) behauptet den heute hier gegen das preussische Abgeordnetenhaus anerkannten Ton. Als seiner Zeit der Reichstagler sein Verprechen wegen der Aufhebung des Verbotes der Koalition abgegeben, ist zugleich ohne Widerspruch eine Reform des Vereinsgesetzes angefragt worden. Er verleihe also den Einnahmen gegen die preussische Vorlage nicht und hoffe, daß dieselbe angenommen werde.

Abg. v. Richter (fr. Bsp.): Das Herr v. Böttcher, der bekannt Dauernicht, die preussische Vorlage aberbauen wird, glaube auch ich, werksch ich aber der Reichstagler nicht leidet hier? Ich bin wollen wir uns wenden, denn wir haben im Vertrauen auf ihm im vorigen Jahre untern Standpunkt ausgehoben, und unter Verträgen ist gefordert worden. Wir müßten die Aufhebung des Koalitionsverbotes in das Bürgerliche Gesetzbuch aufnehmen. Heute muß man annehmen, daß es damals nur darauf abgesehen war, mit dem Koalitionsverbot andere reaktionäre Bestimmungen in das Vereinsgesetz zu bringen. Der v. Böttcher sagt, sein Minister denke an einen Staatsvertrag. Aber die Minister sind doch auch nur ebenerne Erfinden. Sie wissen nicht, ob sie im Abend noch erleben.

Abg. v. Richter (nat.-lib.): Wenn meine Freunde den Antrag Richter auch nicht unterfertigt haben, so werden sie doch für denselben stimmen. Wir haben keinen Anlaß, von untern früheren Standpunkt abzugehen. Das Verprechen des Reichstages ist von uns dahin ausgedrückt worden, daß dem Vorstände des Reichstages auf Aufhebung des Verbindungsrechtes Bestimmung getroffen und daß diese reaktionären Bestimmungen entfernt werden sollten. Sollte eine solche Bestimmung gemacht werden, so hätte es offen vom Reichstagler ausgeprochen werden müßten. Das ist nicht geschehen. Gleichwohl kommt jetzt eine Vorlage, die für die ganze liberale Seite, auch für meine Freunde unannehmer ist. Die Befreiung sozialdemokratischer Verbindungen ist auch unter Aufgabe. Wir halten aber den Kampf mit solchen Mitteln für verfehlt.

Nach kurzer Ausführung des Abg. v. Leber am 19. wird die Diskussion geschlossen.

Abg. v. Zimmermann (Antikl.) erklärt, daß er das Vertrauen zu Jüngern der Minister längst verloren habe. Der Vertreter der preussischen Regierung werde die Sozialdemokratie und das freimüthige Bürgertum haben. Letzteres werde durch die Vorlage zu neuen Leben erweckt und sollte den Hebeln der Vorlage die Hände fassen. Die Reichstagskommission des Reichstages und Reichsamtstreichs gehandelt werde, konnte nur der Sozialdemokratie zu Gute.

Die Debatte wird geschlossen. Die Abstimmung über den einzigen Artikel ist eine einstimmige. Es betheiligen sich an der Abstimmung im ganzen 261 Mitglieder, 1 Mitglied enthält sich der Abstimmung, für den Artikel stimmen 207, gegen befinden sich 53 Mitglieder.

leiden. Die Abg. Fröhen (Zentz.) und Richter (fr. Bsp.) bekämpfen den Entwurf, der eine Verfassungsänderung enthält, gegen welche zahlreiche Mitglieder sprechen und der geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

Am Abgeordnetenhaus erdete am Dienstag die erste Beratung der Vereinsgesetz-Novelle mit Beteiligung an einer Kommission. In der fertigen Vorlage sprach sich Abg. Müller (christl.-kons.) über gegen den Entwurf aus, der die Aufhebung der Sozialdemokratie geradezu erfordere und den Sozialdemokraten nur neues Material liefere. Abg. Müller (kons.) bemerkte, daß Herr Müller mit seinen Ausführungen allein zulässig und nannte die Vorlage nur ein „kleines Mittel“ zur Befreiung der Sozialdemokratie. Abg. Müller (lib.) meinte, wenn die Vorlage Gesetz würde, würden die Polen noch mehr von der Polizei zu leiden haben. Abg. Müller (Zentz.) und Sozial (nat.-lib.) legten nochmals die Gründe für die ablehnende Haltung ihrer Parteien dar. Abg. Müller (fr. Bsp.) erklärte, der polizeilichen Willkür würde durch die Vorlage Einhalt und Thor geöffnet.

Politische Rundschau.

Deutschland.
Der Kaiser nahm am Dienstag in Wiesbaden aus Anlaß des Geburtstages des Jaren die Tagung der neuen Standarte vor, die der russische Kaiser dem 2. Infanterie-Regiment „Kaiser Nikolaus II.“ geschenkt hat. Cobann empfing der Kaiser die Offiziers-Deputation des 13. Infanterie-Regiments, die am 1. I. nach Rom reist, um ihrem Chef, dem König Humbert, zu seinem 23jährigen Regierungsjubiläum zu gratulieren.

An die Gahener Kurleitung ist die Wahlung ergangen, daß Herr v. Bismarck in diesem Jahre zum Vizepräsident eintrifft werden.

Auf zahlreiche Vagabundierungsgefahren, die seitens der Angehörigen von Militärstrafegefangenen aus Anlaß der Hundertjahrfeier an den Kaiser gerichtet wurden, wurde, nach der Erm., den Befehlen von den militärischen Behörden mitgeteilt, daß die Gelde beim Kaiser nicht beschlagnahmt werden könnten. Bei sorgfältiger guter Führung habe der Beurlaubte noch Beschäftigung von drei Jahren seiner Strafzeit - jedoch Aussicht, „vollständig“ entlassen zu werden.

Das Weicherscherungsamt hat in einer beachtenswerten Eingabe ausbrüchlich ausgeprochen, daß eine Verjährung des Antrags auf Annullation oder Wiederernte nicht eintritt, wenn, weil das Gesetz keine Bestimmung über die Verjährung enthält. Bei der reichsgesetzlichen Unfallversicherung ist die Verjährungsfrist befristlich auf zwei Jahre festgelegt.

Nach der Aufstellung des Reichseisenbahnamts sind auf den deutschen Bahnen - die bayrischen ausgenommen - im Monat März 192 Eingetragenen, Zusammenfälle und Verträge verzeichnet worden.

Die Oppofition der Deutschen gegen die Sprachverordnung nimmt immer allgemeiner und bedeutenderen Charakter an. Wie einem hiesigen Blatte aus Graz gemeldet wird, hat der Grogzer Gemeinderath die Wählberechtigung der Stadt Graz an der Wählberechtigungsstellung anläßlich des Reichseisenbahnamts im Jahre 1898 in Wien beschloffen, da Graz Baden, unter dessen Regime die Sprachverordnungen erlassen wurden, als Protektor an der Spitze der Auslieferung steht.

Sachsen-Anhalt.
Der Sultan hat am Dienstag den Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten gegen Griechenland gegeben. Die Nachricht ist um so überaus erhellend, als bisher nichts davon verlautet, daß Griechenland auch seinerseits schon auf die gestellten Bedingungen eingegangen ist. Die Großmächte scheinen also in Konstantinopel das Uebereingewiß über die Kriegspartei erlangt zu haben.

Wie verlautet, werden in Wien ein Kommando zur Eröffnung des Königs und zur Einbringung der königlichen Familie entbedt. Zahlreiche Verhandlungen wurden vorgenommen; befanden sich unter den Teilnehmerinnen auch eine italienische Anarchistin, angeblich die Nabelsführer.

Rußland.
Der russische Finanzminister Witte wird wahrscheinlich von seinem Amt zurücktreten, weil er wegen der Unzulänglichkeit

unt 40 bis
15, 3 Kopf
die die
regt werden.
die Zahlen
haben
Friedens-
ökonomien in
unter der
für Lan-
Unterstützung
zum Besten
im 400 An-
den davon ein
(enthaltend)
die Berne
Schönrothen
Nachmittags
den Gefallen
trag von 40
ange Meiß
wurde von
am 15
den Stütz der
des mit
einen Zahlen-
Meiß nicht
zu Hülle und
eute nicht
sollen der
und vorher
ut.
Anfang und
Angesicht
st. rath.
entlaubb.
eigra.
miltungs-
nd nicht
haben.
m.
Ball,
in wir
Verliner
einem ge-
beliebiger
mehr gütlich
berlage zu
an unter C.
ogler A. G.
erheit
ich Schömann
einzelnen
Verfälligung,
ich ungenügend
und geigen 30
in Bitten
zu haben in
dieser Neben.
eine
dieser Neben.
m.
Nebera
dieser Neben.

